Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 45. **Sonnabend** den 14. Februar 1891. **85. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 15. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung und Aufforderung.

Ein hier wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung in Haft und Untersuchung befindlicher, stellenloser, in Plagwitz wohnhaft gewesener **Fleischergeselle** hat angegeben, daß er eines Tages Anfang October vor. J. in Gegenwart eines hiesigen, ebenfalls stellenlosen, von ihm dem Namen und der Wohnung nach nicht gekannten **Fleischergesellen** im Alter von ca. 25 Jahren, mit blondem Kopfhaar und Schnurrbart, von gesundem, frischen Aussehen und dadurch auffällig, daß er Beine gehabt, deren Knien nach einwärts gestanden (sogen. X-Beine) einem bislang nicht ermittelten **Tierstimann** von kräftiger Statur mit röthlichem Kopfhaar und Schnurrbart und ca. 30 Jahre alt auf dem hiesigen Roßplatz vor der Kurprinzstraße einen nicht unbedeutenden Geldbetrag, sowie ein Leipziger Sparcassenbuch mit der Anweisung, das Geld auf der Sparcasse einzuzahlen und sodann ihm das Buch auf den Roßplatz zurückzubringen, übergeben habe, und hiernächst mit obenwähntem Fleischergesellen in den hiesigen Schlachthof gegangen sei, um nach einer Stelle sich umzuthun.

Da nun dieses Vorbringen als durchaus unwahrscheinlich **nicht** angesehen werden kann, **und für den Fall der Bestätigung den Angeschuldigten möglicher Weise vollständig entlasten würde,** bringe ich solches zur öffentlichen Kenntniß und ersuche gleichzeitig den vom Angeschuldigten bezeichneten **Fleischergesellen,** falls dieser überhaupt existirt, sich schleunigst auf meinem Bureau, Harkortstraße Nr. 9, 2. Et., Zimmer 102, zu melden, auch bitte ich die hiesigen Herren **Fleischermeister,** wir umgehende Anzeige zu machen, falls sie im October v. J. einen Fleischergesellen in ihrer Arbeit gehabt haben, bez. zur Zeit haben, dessen Aeußeres der obigen Personalbeschreibung entspricht.

Königl. Landgericht Leipzig, den 12. Februar 1891.
L.-G.-Rath Tobias, Untersuchungsrichter.

Die republikanische Partei in Spanien.

Die letzten Wahlen in Spanien haben als hervorstechendes Merkmal die beträchtliche Vermehrung der republikanischen Stimmen ergeben, obwohl die Hauptführer Salmeron und Castelar nicht gewählt worden sind. In Barcelona wird freilich behauptet, daß Salmeron nur durch eine Wahlfälschung um den ihm gebührenden Sitz in den Cortes gekommen sei. Die Personalfrage ist die Nebensache, um so mehr, als Aussicht vorhanden, daß Salmeron bei der Ersatzwahl für Zorrilla, der nicht annimmt, dennoch in die Volksvertretung gelangen wird. Das ist die Kehrseite des im Uebrigen für die Regierung günstigen Wahlergebnisses, nach welchem 288 Ministerielle 156 Opponenten gegenüberstehen. Die Opposition setzt sich aus Anhängern Sagasta's, welche auf 80 Personen geschätzt werden, unabhängigen Liberalen, Carlisten und Republikanern zusammen. Das ist ein Verhältniß, welches unter gewöhnlichen Umständen bei einiger Geschicklichkeit der Regierung zu keinen Besorgnissen wegen der Zukunft Anlaß bieten würde, bei der gegenwärtigen Sachlage ist es keineswegs unbedenklich. Es ist eine alte Erfahrung, daß in erregten Zeiten die Minderheit plötzlich zur Mehrheit wird, wie der Sturz Crispi's lehrt, der durch die Wahlen eine kaum dagewesene Mehrheit erhalten hatte und zwei Monate später bereits zum Rücktritt genöthigt war. In Spanien ist die Volksvertretung von jeher unberechenbar gewesen, und daß Sagasta sich so lange am Ruder erhalten konnte, wie geschehen, ist der beste Beweis für seine staatsmännische Befähigung.

Der Hauptführer der spanischen Republikaner ist seit langer Zeit Salmeron, neben dem Castelar mit seinem verschwommenen Idealismus gar nicht in Betracht kommt. Zwar ist Salmeron auch nicht so starrköpfig, daß er den Verhältnissen keine Zugeständnisse macht, aber er hat sich stets vor Extremen gehütet, zwischen denen Castelar hin- und herschwankt. Der Grundzug von Salmeron's Wesen ist besonnene Ruhe, durch sie hat er seine Führerschaft behauptet, und wegen dieser Eigenschaft gewinnt auch die neueste Kundgebung zum Andenken an die Proclamation der Republik, welche am 11. Februar in Madrid stattfand, eine besondere Bedeutung. Die Regierung hat diese Kundgebung erlaubt, weil sie Zeugniß dafür ablegen wollte, daß sie die republikanische Bewegung nicht fürchte, aber doch wohl nicht in der Ueberzeugung, daß die Bewegung bedeutungslos ist. Salmeron hat von der gewährten Erlaubniß einen maßvollen Gebrauch gemacht, denn er entwickelte lediglich seine Ansichten über die zukünftige Staatsform Spaniens, welche als nothwendige Folge der Einführung des allgemeinen Stimmrechts die Republik sein werde und zwar die gemäßigte Republik. Salmeron hat diese Ansicht nicht zum ersten Mal geäußert, dasselbe geschah schon zu der Zeit, als sich Sagasta auf das Drängen der öffentlichen Meinung zur Einführung des neuen Wahlsystems entschloß. Die Republikaner belohnten diesen Entschluß durch die Zusage, daß sie von jeder Gewaltmaßregel zurückstehen wollten. Das ist noch heute der Standpunct Salmeron's und das erhöht die Bedeutung der republikanischen Partei in Spanien.

Es ist nach der Unterdrückung der republikanischen Erhebung in Oporto bekannt geworden, daß die portugiesischen Republikaner im Einverständniß mit den spanischen gehandelt haben, andererseits erhellt aber gerade aus dieser Thatsache, daß die spanischen Republikaner die Zeit zum Handeln noch nicht für gekommen erachteten. Die Erhebung in Oporto ist vorläufig gescheitert, ihre Urheber sind aber dadurch noch nicht entmuthigt, man hört vielmehr, daß die Aufregung fortdauert und daß die Regierung genöthigt ist, darauf Rücksicht zu nehmen, z. B. keine Hinrichtung zu vollstrecken, um neue Ausbrüche zu verhindern. Es ist sehr zu wünschen, daß die portugiesische Regierung das Heft in Händen behält und keine Schwäche zeigt, denn die Ausrufung der Republik in Portugal würde in Spanien nicht ohne Erfolg bleiben, wenn es auch sehr zweifelhaft ist, ob eine republikanische Erhebung in Spanien Erfolg haben würde. Die Königin-Regentin ist mit Recht sehr beliebt, es bestehen keine triftigen Gründe zur Unzufriedenheit, wie sie unter der Regierung der Königin Isabella vorhanden waren. Die Verhältnisse liegen für die spanischen Republikaner heute weit ungünstiger als im Jahre 1868, aber die Entwickelung in dem Nachbarstaate Frankreich ist nicht ohne Einfluß auf Spanien geblieben, und trotz Allem, was seit dem Jahre 1870 geschehen ist, hat die republikanische Partei in Spanien stets aus Frankreich neue Kraft gesogen, so daß selbst unter der Regierung Alfons' XII. die Hoffnung niemals aufgegeben worden ist und die Agitation niemals geruht hat, welche der Aufrichtung der Republik in Spanien gewidmet war.

Die Beziehungen, welche die spanischen Republikaner mit ihren Gesinnungsgenossen in Portugal und in Frankreich unterhalten, sind schwer zu controliren, es ist nur sicher, daß solche Verbindungen bestehen, hat doch sogar die Pariser Commune seiner Zeit in Carthagena und Murcia Nachahmung gefunden. Später wurde das anders, besonders nach der Beleidigung, welche Alfons XII. in Paris widerfuhr. Nach dem Besuche des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des nachherigen Kaisers Friedrich, in Madrid bestand zwischen Spanien und Frankreich eine tiefe Kluft, aber nach dem Streit über die Caroleninseln hat sich die Sachlage wieder anders gestaltet, und besonders während der Ausstellung in Barcelona haben die Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich sehr an Freundschaftlichkeit gewonnen.

Unter den gegenwärtigen gespannten Verhältnissen haben wir alle Ursache, der Entwickelung der Eingriffe in dem südwestlichen Staate Europas unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Spanien kommt nicht sowohl als Macht in Rechnung, wie als Herd von Bewegungen, welche auf den Umsturz des Bestehenden gerichtet sind. Die Zahl der Unzufriedenen in Spanien ist groß, und sie sind bisher hauptsächlich durch das Zugeständniß des allgemeinen Stimmrechts in Schranken gehalten worden, das war der Köder, welchen Sagasta den Republikanern hinwarf, um sie mit der Monarchie auszusöhnen. Die Königin-Regentin ging auf diesen Gedanken ein, aber nachdem er ausgeführt war, fanden die Stimmen bei ihr Gehör, welche die Aufrichtung einer conservativen Regierung als Gegengewicht gegen die Umsturzbestrebungen der Republikaner verlangten. Wir haben unsere Bedenken gegen diese Wendung nicht unterdrückt, und wir wollen hoffen, daß sie grundlos waren, aber der Geist, welcher unter der republikanischen Partei sich zu regen beginnt, ist als Kennzeichen einer kritischen Lage nicht zu unterschätzen. Auch in der Politik läßt sich nichts mit Sicherheit vorher bestimmen, fast immer wird die Welt durch unerwartete Ereignisse überrascht. Es giebt Dinge, welche mit Nothwendigkeit bestimmte Folgen herbeiführen müssen, eine durch sie geschaffene Lage ist minder gefahrvoll, das Schlimmste sind die Vorgänge, welche gleichsam in der Luft liegen, ohne daß sich dafür zwingende Gründe geltend machen lassen. Eine solche Schwüle besteht in Spanien.

Leipzig, 14. Februar.

* Der **Bundesrath** hat am Donnerstag seine übliche **Plenarsitzung** abgehalten. Auf der Tagesordnung standen u. A. Vorlagen, betreffend die Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1890; der Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen; die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1886/87. Eine lange Reihe von mündlichen Ausschußberichten behandelt meist die Erledigung von Eingaben.

* Der „**Reichs- und Staats-Anzeiger**" meldet:

Se. Majestät der **Kaiser und König** hat in der gestern dem Cultusminister ertheilten Audienz den Band, welcher die **Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts in den Conferenzen vom 4. bis 17. December 1890** enthält, entgegenzunehmen geruht. Die Vertheilung dieses Werkes an die Betheiligten und die Abgabe an das Publicum wird nunmehr nach Allerhöchster Bestimmung sofort erfolgen. Der stattliche Band umfaßt 800 Seiten auf 50 Bogen in Folio und ist im Verlage von Wilhelm Herz (Besser'sche Buchhandlung) in Berlin erschienen. Er theilt zunächst die einleitenden Actenstücke, welche die Einberufung der Conferenz vorbereiteten und in Nr. 278 des „R.- u. St.-A." vom 18. November 1890 veröffentlicht wurden, ferner das Einladungsschreiben des Cultusministers an die Mitglieder der Schulconferenz, das Verzeichniß der Mitglieder der Conferenz und der Ministerial-Commissare, die Geschäftsordnung für die Verhandlungen, die der Conferenz vorgelegten Fragen und die Thesen der Berichterstatter mit. Es finden sich ferner darin die Ansprachen Seiner Majestät des Kaisers und Königs, die Fragen, welche Allerhöchstderselbe der Conferenz in der ersten Sitzung vorlegte, sowie der stenographische Bericht der gesammten Verhandlungen. Den Schluß bildet die Zusammenstellung der Beschlüsse der Conferenz.

* Der **frühere Hofprediger Stöcker** will, wie man aus Siegen schreibt, in diesen Tagen, da seine Zeit es ihm jetzt gestattet, einen großartigen Feldzug durch Westfalen und Rheinland machen. Vorträge sind bereits in Aussicht gestellt für Siegen, Rheydt, Bielefeld, Essen, Köln, M.-Gladbach.

* Aus Meiningen, 12. Februar, wird uns geschrieben:

Die nationalliberale Partei im Wahlkreise Saalfeld-Sonneberg ist mit der Candidatur des Rechtsanwalts Dr. Hans Blumenthal in die Wahlbewegung eingetreten und ist der Letztere bereits zur Entwickelung seines Programms im Wahlkreise eingetroffen. Mit Genugthuung kann constatirt werden, daß an allen Orten im ganzen Wahlkreis die Thätigkeit der gemäßigt liberalen Männer wieder begonnen hat. Die Gegner erkennen bereits, daß die Nationalliberalen nicht minder gut vorbereitet sind, als sie selbst. — Erfreulich ist es auch, daß der Deutschfreisinn sucht, diesmal eine andere Sprache zu führen und sich wieder erinnert, daß die gemäßigte Haltung sehr nöthig ist. Es ist dies doppelt erfreulich, weil es die Aussicht eröffnet, daß dieser Wahlkampf sachlich und weniger leidenschaftlich geführt werden kann, als es früher der Fall war. Freilich täuscht sich der Deutschfreisinn darin, daß jetzt das gemäßigte liberale Bürgerthum zum Fortschritt gehen kann und will, weil dieser „maßvolle" Seiten aufsteckt. Es fehlt das Vertrauen zur Dauer dieser maßvollen Gesinnung. — In dieser Beziehung schreibt heute das „Sonneb. Tagebl.": „Es ist besser, wir führen den Kampf gegen die Socialdemokratie auf geraderen Wegen. Selbst für den Freisinn ist es besser, denn unsere nationalliberalen Wähler sind zu oft und zu lange von ihm so schlecht behandelt worden, daß sie im ersten Wahlgang nur dann in voller Zahl zur Urne kommen, wenn sie für einen eigenen Candidaten eintreten können. Was weiter geschieht, das hängt vom 19. Februar und — von der Führung des Wahlkampfes ab. Für uns ist das kleinere Uebel nicht der Socialdemokrat. Wir möchten den Kampf nicht derart gerathen lassen, daß es nachher unmöglich wird, die Wähler der einen bürgerlichen Partei für den Candidaten der anderen zur Urne zu bewegen. Ist hierfür Gegenseitigkeit beabsichtigt? Dann mag der Kampf enden wie er will, es wird nicht zum Schaden der liberalen Sache, nicht zum Schaden der bürgerlichen Interessen gewesen sein. Unsere Gesinnungsgenossen ermuntern wir aber, jetzt frisch in den Kampf einzutreten. Einen Erfolg hat er schon erbracht: die volle Anerkennung der Grundsätze und der Taktik des gemäßigten Liberalismus."

* Die ultramontanen Blätter in Württemberg haben aus ihren 100 000 Stimmen für die Jesuiten sehr viel Capital geschlagen. Dem gegenüber steht fest, daß gegen den Orden 123 000 Unterschriften aufgebracht worden sind, also ein erhebliches Mehr, was ja in der Aera der Mehrheitsentscheidungen sehr ins Gewicht fällt. Die Zahl wäre noch größer geworden, wenn man nicht in einer Anzahl von Gemeinden sich dahin entschieden hätte, nur den Kirchengemeinderath, als die officielle Vertretung der Protestanten, unterschreiben zu lassen. Daß auch die Demokraten, „gekeilt in trangvoll fürchterlicher Enge", schließlich lieber auf ihre Wähler als auf die „frommen Väter" Rücksicht genommen haben, ist ja allgemein bekannt.

* * *

* Nachdem die Unterhandlungen mit Oberst Nikolajew wegen Uebernahme des bulgarischen Kriegsministeriums zu keinem Ergebniß geführt haben, weil der genannte Officier nicht mehr gesonnen ist, eine politische Rolle zu spielen, herrscht augenblicklich die Ansicht vor, Major Savow werde zum Kriegsminister ernannt werden. Savow ist ein sehr angesehener Generalstabsofficier, ein unabhängiger Mann und blickt auf eine makellose Dienstzeit zurück. Er ist etwas über 30 Jahre alt und führt gegenwärtig das Commando einer Brigade.

* Die fünfte Section der belgischen Repräsentantenkammer lehnte mit 11 gegen 8 Stimmen den Antrag auf Verfassungs-Revision ab; 4 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Auch die vierte Section verwarf den Antrag und zwar mit 8 gegen 6 Stimmen. In zwei Sectionen haben sich die Mitglieder der Rechten gegen, diejenigen der Linken für die Verfassungs-Revision ausgesprochen.

* Unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Pas d'argent, pas de Suisses", „Kein Geld, keine Schweizer", theilt der Pariser „Matin" eine seltsame Erklärung des jüngst vollzogenen Frontwechsels des Papstes Leo XIII. und des Cardinals Lavigerie zu Gunsten der französischen Republik mit. Nach einem Brauche der katholischen Höfe sollen diese im Falle des Todes eines ihrer Mitglieder dem Peterspfennig eine Zuwendung machen, um den päpstlichen Segen zu erlangen. Für einen directen Erben soll die Zuwendung sich bis auf 5000 Francs belaufen. Diese Tradition soll nun bei der ihrer Sparsamkeit wegen oft verspotteten Familie Orleans in so geringem Ansehen stehen, daß aus Anlaß des Todes des Herzogs von Montpensier nicht das Geringste erfolgte. Leo XIII. hat nun angeblich diese Vernachlässigung des Peterspfennigs um so unangenehmer empfunden, als der Herzog von Montpensier ein sehr großes Vermögen hinterließ. So wäre im Vatican die Losung ausgegeben worden, für das Haus Orleans ebenso wenig zu thun, wie dies für den Peterspfennig that. Für die französische Republik ist diese utilitarische Erklärung nicht eben schmeichelhaft, noch weniger für den Papst selbst oder gar für das Haus Orleans. Obgleich aber das französische Blatt diese Enthüllung seinen Lesern „schuldig zu sein" glaubt, erscheint sie doch kaum den thatsächlichen Verhältnissen zu entsprechen. Die der Republik zustimmenden Erklärungen des Cardinals Lavigerie erklären sich weit sachgemäßer aus dem Wunsche, im Falle des Todes Leo's XIII. bei der Papstwahl sich die Unterstützung der französischen Regierung zu sichern. Leo XIII. selbst ließ sich wohl, als er den Standpunct des Cardinals Lavigerie billigte, durch politische Opportunitätsrücksichten und nicht durch eine untergeordnete Geldfrage bestimmen. Charakteristisch ist nur, daß ein französisches Blatt in dieser Weise die „Annäherung des Papstes an die französische Republik" motivirt. Vom monarchistischen Standpuncte ist der Artikel des „Matin" jedenfalls nicht geschrieben, da dann die Sarkasmen gegen den sprichwörtlichen Geiz der Orleans nicht darin figurirt hätten.

* Nach einer der „Vossischen Zeitung" aus Rom zugehenden eigenen Meldung herrscht in Palermo große Erregung gegen Rudini und Nicotera. Crispi habe deshalb Depeschen an die Behörden Palermos gesandt, um die Gemüther zu beruhigen. Dieser Schritt wird mit Recht sehr auffällig gefunden und bedarf der Aufklärung. Nach einer Meldung des Depeschenbureaus „Herold" soll eine in Palermo stattgehabte Kundgebung gegen Rudini und Nicotera in derartige Unordnung ausgeartet sein, daß der Präfect Winspeare um seine Entlassung nachgesucht habe. Hierauf habe Nicotera selbst an Crispi die Bitte gerichtet, Winspeare zum Bleiben zu bewegen, und Crispi habe in Depeschen an den Präfecten und an den Bürgermeister von Palermo diese aufgefordert, das Volk zur Ruhe und Ordnung zu mahnen.

* Einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Lissabon zufolge ist der Negeraufstand auf San Thomas niedergeschlagen. Ein Theil des Expeditionscorps geht heute nach Mozambique ab.

Stimmen der Presse über die Regierungs-Politik.

* Unter der Ueberschrift „Peinliche Erörterungen" schreibt die „Kölnische Zeitung":

Dem unbefangenen Beobachter unseres öffentlichen Lebens drängt sich mehr und mehr die Ueberzeugung auf, daß unsere gesammte innerpolitische Entwickelung einem Wendepunct zutreibt, der die Regierung wie die staatserhaltenden Parteien zu den kräftigsten Anstrengungen und Versuchen nöthigt, eine klare Lage und feste, gesicherte, berechenbare Verhältnisse zu schaffen. Wer ein warmes Herz für das deutsche Vaterland hat und gewohnt ist, politische Fragen unter patriotischen Gesichtspuncten ruhig zu erwägen, der muß im Interesse der monarchischen Grundlagen unseres Staatswesens wünschen, daß wir Deutsche innerpolitisch aus einer Zerfahrenheit herauskommen, in der Niemand zu sagen weiß, wer Freund, wer Feind, wer Anhänger, wer Gegner der Regierung ist. Wir haben niemals gezögert, mit bürgerlichem Freimuth unsere sachlichen Bedenken gegen manche Seiten der Regierungspolitik geltend zu machen. Wir halten es für eine patriotische Pflicht, weit verbreitete Stimmungen zur Kenntniß der maßgebenden Kreise zu bringen, und weiterverbreitet ist im Lager der Cartelparteien die verdrießliche Empfindung, daß die leitenden Männer den Radicalen und Ultramontanen zu große Zugeständnisse machen, daß sie zuverlässige Anhänger verletzt, ohne auf Seiten der Opposition für den Ausfall an Sympathien einen gleichwerthigen Ersatz zu finden. Man hatte vielfach den Eindruck, es sollten einerseits möglichst viele Bestandtheile der Bismarck'schen Politik als verfehlt preisgegeben und andererseits möglichst viele bis dahin niedergehaltene und aussichtslose Strömungen und Wünsche in einer großen Reform-Aera zur Geltung gebracht werden. Es zerrüttet aber die besten Seiten der Parteien, wenn man ihnen zumuthet, das Banner, welches ihnen in heißen Meinungskämpfen in drangvollen Tagen vorangeleuchtet hat, einem äußerlichen Wechsel zuliebe zu senken und Ideen zu vertreten, welche sie bis dahin als verderblich bekämpft hatten. Weniger noch das, was wirklich geschah, als die Unsicherheit und Unklarheit über die Regierungsabsichten erzeugte einen Unmuth, der auf allen Gebieten lähmend wirkt. Wir betrachten es als unser gutes Recht, in pflichtgemäßer Ausübung der freien Meinungsäußerung diese Gedanken immer wieder auszusprechen und dadurch zu einer Klärung der Lage, zur Herausbildung fester Verhältnisse mitzuwirken. Eins machen wir uns bei diesem Bestreben, der Stimmung der Bevölkerung einen freimüthigen und ungeschminkten Ausdruck zu geben, unbedingt zur Pflicht: wir urtheilen sachlich und wir wollen nicht zerstören, zerstreuen und verhetzen, sondern sammeln. Wir konnten es deshalb nur mit Bedauern bemerken, daß in der öffentlichen Erörterung das persönliche Element, die persönliche Gereiztheit sich breit und scharf vordrängt, daß so zu sagen das Feldgeschrei: „Hie Bismarck, die Kaiser" ausgegeben wird. Es ist menschlich begreiflich und erklärlich, daß dieser Zustand sich entwickelt hat. Aber dieser Zustand hat für unser patriotisches Empfinden etwas Unerquickliches und Niederdrückendes, wir möchten an diesen bedauerlichen Erscheinungen am liebsten verhüllten Hauptes vorbeigehen, und da wir das nicht können, so erblicken wir unsere Aufgabe darin, diese Verhältnisse wenigstens nicht zu verschärfen. In dieser Anschauung werden wir auch bestärkt, wenn wir einmal Umschau darnach halten, wer denn an dem journalistischen Kampfe zwischen dem Begründer des Deutschen Reiches und den gegenwärtigen Machthabern seine Freude hat. Wir brauchen nur in die „Freisinnige Zeitung" hineinzusehen und wir finden, daß Herr Eugen Richter der Regierung den menschenfreundlichen Rath giebt, einmal aus den Acten, aus den Tagebüchern des Kaisers Friedrich und so weiter die „wahre Geschichte der Regierung des Fürsten Bismarck vor die Oeffentlichkeit zu bringen". Der Mann versteht sein Handwerk, er möchte die Betheiligten in einen großen Streit hineinhetzen und er würde sich freuen, wenn bei dieser Gelegenheit möglichst viel geschähe, was geeignet wäre, alle Autoritäten zu untergraben. Wer es wohl meint mit seinem Vaterlande, der kann eine Fortsetzung dieser Erörterungen nicht wünschen. Wer mit der Regierungspolitik unzufrieden ist oder bedenkliche Maßnahmen besorgt, der spreche es unumwunden und sachlich aus, aber er lehne sich nicht an ein persönliches Gegencentrum an. Sachlich haben wir zu einigen Aeußerungen der „Hamburger Nachrichten", welche Staub aufwirbeln, weil sie dem Fürsten Bismarck zugeschrieben werden, nur wenig zu bemerken. Das Hamburger Blatt sucht darzuthun, es sei dem Reichskanzler von Caprivi nicht gelungen, den Nachweis zu führen, daß Fürst Bismarck als Colonialpolitiker, besonders in der Berücksichtigung englischer Empfindlichkeiten, sich von denselben Grundsätzen habe leiten lassen wie er. Aus unserer Kenntniß des Thatbestandes heraus müssen wir erklären, daß der Reichskanzler von Caprivi in dieser Sache Recht hat. Wir haben in der letzten Zeit der Amtsthätigkeit des Fürsten Bismarck wiederholt Anlaß gehabt, seine unseres Erachtens zu weit gehende Rücksicht auf England zu beklagen. Mancher wird sich erinnern, daß wir insbesondere gelegentlich der deutschen Emin Pascha-Expedition in einem scharfen Gegensatz zur Bismarck'schen Politik gerathen, der denn auch eine starke Erkaltung unserer Beziehungen zu Bismarck im Gefolge hatte. Wir sehen keinen Anlaß, in diesem Puncte heute anders zu denken als damals. Auch eine andere Aeußerung der „Hamburger Nachrichten", welche vielfach böses Blut gemacht hat, erscheint uns bedenklich. Es wurde nämlich die Besorgniß ausgesprochen, der deutsch-österreichische Handelsvertrag werde die Volksthümlichkeit des Bündnisses gefährden. Nun hat Fürst Bismarck die Anbahnung engerer wirthschaftlicher Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn als ein richtunggebendes Ziel betrachtet und sich auch schwerlich einer Täuschung darüber hingegeben, daß man ohne Opfer hüben und drüben dieses fernwinkende Ziel nicht erreichen kann. Wir stehen dem Gedanken dieser Zollannäherung grundsätzlich sympathisch gegenüber und müssen nur fordern, daß Deutschland nicht mehr giebt als es empfängt. Unter diesem Gesichtspuncte müssen wir es natürlich beklagen, daß der deutsche Radicalismus den Glauben zu verbreiten sucht, als sei die deutsche Regierung zu den Zugeständnissen, die sie Oesterreich etwa anbietet, schon durch innerpolitische Verhältnisse genöthigt. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung sich fest und entschlossen auf den Standpunct der Interessensolidarität der Landwirthschaft und Industrie stellt. Gelingt es ihr, den Eindruck zu zerstören, daß der Radicalismus und der Ultramontanismus nur beharrlich etwas zu fordern braucht, um es schließlich auch durchzudrücken, so kann sie es gleichmüthig abwarten, ob es dem großen Manne, dem wir das Recht der Meinungsäußerung nicht abbrechen können, noch lange gelingen wird, durch die Art seiner Meinungsäußerung seine getreuesten Anhänger und Bewunderer immer wieder in die peinlichste Verlegenheit zu setzen.

Anknüpfend an die Sperrgeldervorlage richtet sodann die „Kölnische Zeitung" unter der Ueberschrift „Bismarck'sche Politik ohne Bismarck" die folgende ernste Mahnung an die Regierung:

Einen verwunderlichen Eindruck macht ein Versuch der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die Sperrgeldervorlage zu vertheidigen. Der Grundgedanke ist folgender. Wenn im vorigen Frühjahre die Sperrgeldervorlage nicht zu Stande gekommen sei, so habe das seinen Grund darin gehabt, „daß gerade die nämlichen Parteien, welche sich gegenwärtig am meisten sträuben, auf den Boden der Vorlage zu treten, sich angesichts der vorigen weigerten, dieselbe zum Gesetz zu erheben, sofern nicht das Centrum seine active Zustimmung zu dem in Frage stehenden Modus, die Sperrgelderangelegenheit abzuwickeln, ertheilen würde". Unerledigt habe die Angelegenheit nicht bleiben können; da seien nun die preußischen Bischöfe mit einem Vorschlage hervorgetreten, welcher der Staatsregierung annehmbar erschienen sei und der gegenwärtigen Vorlage zu Grunde liege. Wir würden diesem sonderbar verzerrten Gedankengange keine Beachtung schenken, wenn derselbe nicht durch Weiterverbreitung im „Reichs-Anzeiger" eine offiziöse Wichtigkeit beigelegt würde. Man kann in der That die Lage vom vorigen Frühjahr nicht ärger mißverstehen, als es in der Darstellung geschieht, als ob die Bestrebungen des Centrums ein besonderer Herzenswunsch der Cartelparteien gewesen sei. Das Centrum war damals durch die Windthorst'sche Taktik in ein böses Dilemma gerathen: es wollte sich die Wohlthaten des damaligen Gesetzes von den Cartelparteien bewilligen lassen, sich aber zugleich das Recht vorbehalten, gegen das Gesetz zu wühlen. Da die Regierung erklärte, daß auch sie eine politische Ehre zu vertreten habe, und da also die heutige Nachgiebigkeit nicht zu erwarten war, so stellte man das Centrum vor die Zwangswahl, entweder die damalige Vorlage mitzubewilligen oder sie zum Scheitern zu bringen. Diese unbequeme Lage hat nun die Regierung durch ihr unerwartetes Entgegenkommen zu Gunsten des unersättlichen und übermüthigen Ultramontanismus in das Gegentheil verkehrt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die maßgebenden Kreise vor der Selbsttäuschung warnen, als könnten sie den Hauptgrund des weiterverbreiteten Unbehagens in der Persönlichkeit und in der Verfehlthätigkeit des Fürsten Bismarck suchen. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir von dem Manne, vor dem jeder deutsche Patriot in dankbarer Ehrerbietung sein Haupt neigt, eine würdige und patriotische Zurückhaltung erwartet haben und daß eine gegentheilige Haltung uns zu Erklärungen nöthigt, welche wir unserm Herzen nur schwer abringen. Es ist unbestreitbar, daß die weitesten Kreise der Nation gewiß waren, mit dem